

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Verkaufspreis in der Stadt für Abnehmer montl. 5 M. durch
Boien bezogen montl. 5,50 M. durch auswärtige
Belegmontl. 5,75 M. bei Postbestellung montl. 6 M. frei
Haus. Erchein. wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 30 S.
Verlagsort: Merseburg, Verlagsnummer 30 S.
Verlag: Verlagsanstalt Merseburg, Verlagsnummer 30 S.
Für unentgeltliche Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Tagel. Mittw. Zeitraum 30 Pla. und
der Sachl. Mittw. Zeitraum 30 Pla. und
Die laufende Monatssumme wird vom Posthaber auf dem
Anzeigen in Zahlung genommen. Auftragsfrist 50 Pla. 100
Besonders. Abm. Anzeigenfrist 11 Uhr vom Freitag. 100
Erstausgabe Merseburg. Verlagsnummer wird berechnet

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 93.

Freitag, den 22. April 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Der Bestand des Stegerwaldschen bürgerlichen Kabinetts ge-
ändert.
Ergebnis einer 100prozentigen Ausfahragabe.
Die Gefahr der Teilung Ober-Schlesiens.
Nach die Eisen- und Metallwerk-Bergbauarbeiter verlangen die
Lebenlöhne und die
Die Dreifach in Eidenburg ins Vereinsregister eingetragen.

Das neue Kabinett vor dem Landtag. Dominicus Minister des Innern.

Der Landtag, der gestern Stegerwald wieder zum Minister-
präsidenten wählte, tritt heute vormittag zur Entgegennahme
einer Regierungserklärung zusammen, die am Nach-
mittag und am Sonntag besprochen wird. Die Besprechung
wird mit der Abstimmung über die Vertrauensfrage
für das neue Kabinett enden. Ministerpräsident wird Ober-
bürgermeister a. D. Dr. Dominicus Minister des Innern.
— Stegerwald erklärt im „Deutschen“, in Kürze
siehe eine gewaltige Krise bevor. Erst im Mai werde das
deutsche Volk die ganze Tragweite des Versailles-Vertrages
fühlen. Die eigentliche Leidensgeschichte des deutschen
Volkes werde dann erst beginnen.

Die Tragfähigkeit des Kabinetts Stegerwald.

Trotz der entsetzlichen Kampflage der Sozialdemokratie
wird das Kabinett Stegerwald eine feste parlamentarische
Tragfähigkeit im Preussischen Landtag haben, da
sämtliche bürgerlichen Parteien in Preußen ent-
schieden sind, Stegerwald gegen die Anfechtungen der sozial-
demokratischen Seite zu unterstützen. Es war vorauszu-
sehen, daß der Kampf der Sozialdemokratie in Preußen schärfste
Formen annehmen würde, da die Sozialdemokraten unter
seiner Umhänzen ihren früheren Ministerpräsidenten Braun
und den Minister Stegerwald preisgeben wollten. Auf das
Reich wird diese parlamentarische Situation in Preußen
insofern Auswirkungen haben, als namentlich die sozialdemo-
kratische Reichsopposition die Opposition von links mit den
Unabhängigen zusammen mit einer starken Front verbünden
wird. In der Frage und Wahlrechtssachen ist es
schwierig sich auf dem Boden der parlamentarischen Opposition
gegen die bürgerliche Regierung sowohl in Preußen als auch
im Reich zusammenzufinden zu haben. Namentlich sind
Vereinbarungen zwischen Unabhängigen und Mehrheitspartei-
listen im Gange, die darauf hinauszielen, in der Sozial-
reformfrage im Reich gegen die Regierung zu kämp-
fen und in Preußen einmal wegen der Reformfrage und
zweites wegen der Landwirtschaftsfrage
gegen das neue Regime Sturm zu laufen.

Sozialdemokratischer Druck gegen die Demokraten

Bei den internationalen Versammlungen in Preussischen
Landtag haben die Sozialdemokraten der Demokratischen
Fraktion zu verstehen gegeben, sie würden in sämtlichen Ein-
zelheiten die Koalition mit den Demokraten ablehnen,
falls diese in Preußen mit der Stegerwaldschen Regierung
zusammen die bisherige Arbeit der Sozialdemokraten hin-
sichtlich der „Demokratisierung Preußens“ zerstören würden.

„Unabhängiger“ Parlamentismus.

Die Einzelparteien bestreiten.

Am 18. April in Landtag haben gestern bei der Beratung
des Gesetzes des Finanzministers Selbst die vier bürger-
lichen Parteien folgende Erklärung ab:

Nach den Feststellungen, die die Regierung am 7. April
gegenüber der kommunistischen Partei gemacht hat, erscheint
uns mit dem Interesse des Landes die Tatsache unver-
einbar, daß die Regierung in ihrem Verhalten nach wie
vor beständig von der Unterstützung der kommunistischen
Partei abhängt. Aus diesem Umstände wie aus Ver-
wehungen einzelner Minister und den Forderungen der Regie-
rungspartei geht hervor, daß sich die jetzige Regierung als
eine Klassenpartei-Regierung in scharfem Gegensatz zu den
in den nichtsozialistischen Parteien vertretenen Teile des
Volkes stellt. Wir werden unterdessen diesen Gegensatz da-
durch fundieren, daß wir bei den weiteren Verhandlungen

Die deutsche Note an Amerika.

Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des
amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsi-
denten der Vereinigten Staaten folgende Note
erlassen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deut-
schen Volkes beehren sich die Unterzeichneten, an den Herrn Präsi-
denten der Vereinigten Staaten von Amerika die Antrag zu
richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen
und die Summe festzusetzen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie
sprechen gleichzeitig die dringende Bitte aus, die Zustimmung
der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen.
Dabei erklären sie festlich, daß die deutsche Regierung ohne
Einschränkungen, ohne Vorbehalt bereit und willens ist,
den alliierten Mächten die Summe als Reparation
zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten
Staaten nach eingehender Prüfung und Unterlegung recht
und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit
ausdrücklich, seinen Schiedspruch, wie er auch lauten
möge, in allen Einzelheiten, sowohl dem Buchstaben wie
dem Geiste nach zu erfüllen.

Tief durchdrungen von der inneren Berechtigung dieser
Bitte und in unbezweifelbarer Aufrichtigkeit unterbreitet
das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung
den Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag.
Es hofft die zuversichtliche Hoffnung auf Gewährung seiner
Bitte, auf daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige
Entscheidung gefällt wird, zur Erfüllung seiner
Wünsche aller alliierten Nationen, zur Abwendung der un-
absehbaren Folgen drohender Hungermaßnahmen und zur
Gerbeförderung des Friedens der Welt.

gez. Reichensach, gen. Dr. Simons.

Ein außerordentliches Ersuchen über diese Aktion der
Reichsregierung, die das deutsche Volk auf bewährte demo-
kratische Art ins tiefste Verderben zu führen vermag, muß
jedem Leser dieser Nachrichten klar sein. Die Verantwortung der
Führer dieses verhängnisvollen Schrittes ist furchtbar.
Das deutsche Volk wird seine Folgen zu tragen haben. Der
Glaube an die Gerechtigkeit des Nachfolgers eines Wilson,
der es ausdrücklich abgelehnt hat, sich in europäische Dinge
zu mischen, ist idiotisch. Welchen Fall wird aus daraus eine
neue Plamane ertönen. An eine alliierte Lösung zu
denken, muß uns nach den bisherigen Erfahrungen schwer
werden.

Die Parteiführer bei Dr. Simons.

Wie aus parlamentarischen Kreisen dem „V. V. M.“ mit-
geteilt wird, waren zu Donnerstagabend die Parteiführer
des Reichstages in das Auswärtige Amt zu einer Be-
sprechung mit dem Reichsminister Dr. Simons über die
währungsrechtliche Lage getreten. In der Aussprache
wurde von mehrheitlich sozialistischer und deutschnationaler
Seite an dem Schritt der Regierung Kritik geübt. Abg. Dr.
Delfferrich lehrte es ab, auf eine Diskussion eines
Schrittes einzugehen, der seiner Ansicht nach das Schicksal
von allem wäre, was getan werden könnte. — Am Verlaufe
der Besprechung stellte sich heraus, daß der Vorkauf die
ihm angebotene Vermittlung bei Herding mit der Begrün-
dung abgelehnt hat, daß durch die Indistinktion
deutscher Presseorgane von vornherein die Möglichkeit
eines Schiedsrichterspruches ausgeschlossen
sei. — Die Vertreter desentrums gingen auf die tech-
nischen Bedingungen des neuen Reparationsfortschrittes ein.
— Es wurde schließlich vereinbart, daß der Reichstag am heu-
tigen Freitag zunächst eine Erklärung des Reichsbank-
ministers entgegennehmen soll. — Die Verhandlungen
nicht im Gange, sondern in ausgedehnter Aussprache statt-
finden soll. — Nach dem Verlauf der Besprechung gewinnt
man den Eindruck, daß auch die Führer der Koalitions-
parteien von dem Schritte des Reichskabinetts vorher
nicht unterrichtet worden sind.

lungen die Gehälter der Minister grundsätzlich
ohne Rücksichtnahme auf die in Frage kommenden Personen
ablehnen. (Große Unruhe auf der linken Seite des
Saales.)

Der Minister Selbst, der sich schon zur Rettung seiner eigen-
nen Position auf seinen Abschiedsplan begeben hatte, um
die Kraft seiner eigenen Stimme mit sich selbst wirken zu
lassen, verließ gleich den anderen Linkspar-
teiführern auf einen einstweiligen Ausbruch des Saales,
so daß die Beschlußfähigkeit des Hauses berge-
rettet und damit wieder einmal für kurze Zeit das Minister-
kabinett und damit die Regierung gerettet waren. Bispräsi-
dent Dr. Wagner fand das richtige Wort, als er dieses Ge-
hen als eine Defektion brandmarkte.

Der Beginn der Sanktionen.

Der 20. April hat das von der internationalen Rheinlandsom-
mission erlassene mit Zollregelungen für das Rheinland in
Straf treten lassen und der 1. Mai wird die Einführung dar-
über bringen, welche Maßnahmen Frankreich gegen Deutsch-
land, allein oder mit englischer Unterstützung, zu ergreifen
gedenkt, oder ob bis dahin eine Einigung nach der anderen
Seite eingeleitet wird. Die Regierung hält sich in Schwärzen.
Man kann das solange billigen, als man weiß, daß die Regie-
rung ernsthaft damit beschäftigt ist, seine Vorläufe auszu-
arbeiten, mit denen sie indirekt oder direkt an die Alliierten
heranzutreten beabsichtigt. Hat man sich, wie man die behau-
ptet, darauf eingestellt, daß diese Vorläufe von allen Seiten
wieder aufgenommen, das alliierte Kapital an dem Ertrags
der deutschen Industrie zu interessieren? Die Frage der Un-
sicherheit gegen Gerüchten leichter noch Raum als sonst.

Aus den Bestimmungen des Zollgesetzes für das Rhein-
land ist die Regelung der Zollverhältnisse an der sogenannten
Belegrenze, also an der Grenze zwischen dem abgegrenzten
Gebiet und dem besetzten Deutschland von besonderer Wich-
tigkeit. Hier ist bezüglich der Einfuhr vorgeblich, daß die
Waren, welche in das besetzte Gebiet eingeführt werden, einer
Zollabgabe von 25 Prozent der jetzigen Höhe unterliegen,
welche in dem gegenwärtigen in Straf befindlichen Zolltarif
vorgeblich sind. Die Berechnung erfolgt in Gold nach dem
Zolltarif der Vorzeit. Man hat sich also auf einen Satz von
25 Prozent in Gold zu erheben, früher aber auf 30 bezog, 100
noch vor kurzem in französischen Werten, von der angeblichen
Höhe der Regierung seien konnte, nur für die erste Zeit
25 Prozent in Gold zu erheben, später aber auf 50 bezog, 100
Prozent hinaufzugeben. Die jetzige Verfassung sieht eine
derartige Erhöhung nicht ausdrücklich vor, bestimmt aller-
dings im Artikel 11, daß die Rheinlandsommission die Be-
stimmung durch einfache Entscheidung zu ändern in der Lage
ist. Man möchte in der Beschränkung auf 25 Prozent den
Zweck darin sehen, daß sich die Alliierten selbst noch ziemlich
im Unklaren über die Richtung des neuen Zollgesetzes sind.
Man will allem Anschein nach erst abwarten, wie weit man
mit einem Goldfuß von 25 Prozent kommt. Vielleicht gibt
man sich darüber hinaus auch der Hoffnung hin, schon durch
diesen 25prozentigen Goldfuß auf die Einfuhr die deutsche
Regierung zu einer zeitigen Vorlegung neuer Reparationsvor-
schläge zu veranlassen. Die Regelung der Einfuhr über die
Belegrenze nach dem unbesetzten Deutschland steht einer Aus-
sicht in Höhe der jetzt bestehenden Höhe und zwar in
Papiermark berechnet vor. Man hat also die zu erhebenden
Ausfallsumme anders geregelt als die Einfuhrsumme, vielleicht
weil man fürchtet, das Wirtschaftswesen in dem abgetrennten
rheinischen Gebiet vollständig zu zerstören. Diefelbst hat
man auch mit Rücksicht auf die politische Situation, die man
in dem jetzt besetzten Gebiet zugunsten der französischen Sache
gegründet hat und noch bereitet, doch wohl zu große Angst.
Wahrscheinlich kann man wohl auch damit rechnen, daß ins-
besondere auf die Einfuhr von Rohstoffen nach dem besetzten
Gebiet über die Belegrenze Erleichterung zugehen wird,
um dadurch ein Gegengewicht gegen die Erhebung beim
Wegzug von deutschen Rohmaterialien zu schaffen.

Man muß immer wieder fragen, daß man den Unklaren ein-
praktischen Durchführung dieser Höhe nicht beargwöhnt wird,
und daß man es auf einen Bericht antworten läßt. Dieser
Bericht wird aber voransteht nach die finanzielle Lage des
rheinischen Gebiet vollständig zu zerstören. Diefelbst hat
man auch mit Rücksicht auf die politische Situation, die man
in dem jetzt besetzten Gebiet zugunsten der französischen Sache
gegründet hat und noch bereitet, doch wohl zu große Angst.
Wahrscheinlich kann man wohl auch damit rechnen, daß ins-
besondere auf die Einfuhr von Rohstoffen nach dem besetzten
Gebiet über die Belegrenze Erleichterung zugehen wird,
um dadurch ein Gegengewicht gegen die Erhebung beim
Wegzug von deutschen Rohmaterialien zu schaffen.

Die Fehler der Kriegsteuer vom Vermögenszuwachs und des Reichsnotopfers.

Als Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Steuermoral nicht beruht in Unmoral veranlaßt!

Im Jahr trat das Reichsnotopfer... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Deutscher Reichstag

Die Interpellation... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

Der Schatz der Sabäer

Roman von E. Tracy... (Nachdruck verboten.)... 'Wo verweile ich in eurer... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

berge und menschenfreundliche Gehemart

Ich habe mich um... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

nicht aufgelöst ist.

Ich habe mich um... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als... Die Kriegsteuer... Die Reichsfinanzminister sprach Herr Erzberger das große Wort anlassen als...

